

Beschlusszusammenfassung zur 17. Sitzung des Verbandsgemeinderates
Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels vom 22.11.2012
öffentliche Sitzung

Veröffentlicht werden nachfolgend nur die Tagesordnungspunkte, bei denen Beschlüsse gefasst wurden:

3 Beratung und Beschlussfassung einer Stellungnahme der Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels zur Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) IV

Der Verbandsgemeinderat beschließt mit 25 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 2 Gegenstimmen die Stellungnahme zum LEP IV wie vorgelegt.

4 Erste Änderung der 2. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes
1. Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen anl. der vorgezogenen Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
2. Beschluss über die Offenlage

Nach kurzen Ausführungen zu den aufgetauchten Fragen beschließt der Verbandsgemeinderat folgendes:

1. Der Verbandsgemeinderat schließt sich dem Abwägungsvorschlag des Planers einstimmig bei einer Enthaltung an.
2. Der Verbandsgemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung den Entwurf des Flächennutzungsplanes einschl. Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, für die Dauer eines Monats bei der Verbandsgemeindeverwaltung auszulegen.

5 Beratung und Beschlussfassung der Wasserentgelte der Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels für das Wirtschaftsjahr 2013 aufgrund der Einführung eines landeseinheitlichen Wasserentnahmentgelts

Der Verbandsgemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung, auf Empfehlung des Werkausschusses, die Erhöhung der laufenden Wasserentgelte um 10 ct/m³ von derzeit 1,35 €/m³ auf 1,45 €/m³.

6 Beratung und Beschlussfassung über die Erhöhung der lfd. Kanalgebühren für das Wirtschaftsjahr 2013

Der Verbandsgemeinderat beschließt auf Empfehlung des Werkausschusses einstimmig die Anhebung der laufenden Kanalgebühren von derzeit 2,10 €/m³ auf 2,30 €/m³.

7 Resolution zum Ausbau der Breitbandtechnologie -DSL- im ländlichen Raum

Der Verbandsgemeinderat fordert bei einer Enthaltung, im Interesse der Bevölkerung unserer Verbandsgemeinde, den Satz für die Förderung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum wieder auf 90 % zu erhöhen, damit ein zügiger Ausbau der Breitbandtechnologie erfolgen kann. Mit dem Ausbau der Breitbandtechnologie, in allen nicht ausreichend versorgten Gebieten, würde dann ein wichtiger Beitrag für die Herstellung der „gleichwertigen Lebensbedingungen“ zwischen städtischem und ländlichem Raum erfolgen.